

JACK KNIGHT

Institutionen und gesellschaftlicher Konflikt

*Die Einheit der
Gesellschaftswissenschaften*

99

Mohr Siebeck

Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften

Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Band 99

Begründet von

ERIK BOETTCHER

Unter der Mitwirkung von

HANS ALBERT · GERD FLEISCHMANN · DIETER FREY · CHRISTIAN KIRCHNER
ARNOLD PICOT · VIKTOR VANBERG · CHRISTIAN WATRIN · EBERHARD WITTE

herausgegeben von

KARL HOMANN



Institutionen und gesellschaftlicher Konflikt

von

Jack Knight

übersetzt von

Horst Löchel

Mohr Siebeck

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Knight, Jack:

Institutionen und gesellschaftlicher Konflikt / Jack Knight. Übers. von Horst Löchel.
– Tübingen : Mohr, 1997

(Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften ; Bd. 99)

Einheitssacht.: Institutions and social conflict (dt.)

ISBN 3-16-146465-6 / eISBN 978-3-16-162860-3 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

NE: GT

© 1993 Cambridge University Press in Cambridge, UK. Die Originalausgabe erschien unter dem Titel: *Institutions and Social Conflict*.

© 1997 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen für die deutsche Ausgabe.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde belichtet aus der Times von Computersatz Staiger in Pfäffingen und von der Druckerei Gulde in Tübingen auf archivfähigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Weissenstein in Pforzheim gedruckt. Den Einband besorgte die Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen nach einem Entwurf von Alfred Krugmann in Stuttgart.

ISSN 0424-6985

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VIII
---------------	------

Kapitel 1

Einleitung	1
Klassische Beiträge zum institutionellen Wandel	5
Zeitgenössische Theorien des institutionellen Wandels	10
Rationalität und gesellschaftliche Institutionen	15
Plan des Buches	21

Kapitel 2

Die zentrale Bedeutung von Verteilungskonflikten	24
Der Nutzen gesellschaftlicher Institutionen	25
Maßeinheiten für Zeit und Raum	25
Eigentums- und Verfügungsrechte	26
Ehe und andere Regeln innerhalb der Familie	26
Die Organisation der ökonomischen Produktion und Distribution	27
Politische Institutionen des Staates	27
Zusammenfassung	28
Rationalität und institutioneller Nutzen	30
Gesellschaftliche Effizienz	32
Pareto-Optimalität	38
Stabilität	41
Zusammenfassung	42
Ein Verteilungskonzept gesellschaftlicher Institutionen	44
Kosten	47
Unsicherheit	49

Kapitel 3

Institutionen und strategische Wahl:	
Informationen, Sanktionen und gesellschaftliche Erwartungen ..	53
Die Komplexität strategischer Entscheidungsfindung	55
Institutionen und gesellschaftliche Erwartungen	59
Die Wirkungen von Informationen und Sanktionen	60
Verteilungskonzept und institutionelle Restriktionen	70
Implikationen für eine Theorie gesellschaftlicher Institutionen	72
Institutionen als gesellschaftliche Regeln	73
Institutionelle Regeln und die Zuverlässigkeit von Erwartungen	81
Institutionelle Regeln und Ideologie	88
Eine abschließende Klarstellung	90

Kapitel 4

Die spontane Entstehung gesellschaftlicher Institutionen:	
Zeitgenössische Theorien des institutionellen Wandels	92
Die Logik evolutionärer Erklärungsansätze	94
Variation	95
Vererbung	96
Selektion	97
Individuelle Selektion versus Gruppenselektion	99
Evolutionäre Theorien des institutionellen Wandels	102
Klassische evolutionäre Ansätze	103
Die Theorie gesellschaftlicher Konventionen	106
Tausch und Selektion durch Wettbewerb	118
Schlußfolgerungen	133

Kapitel 5

Die spontane Entstehung gesellschaftlicher Institutionen:	
Eine Verhandlungstheorie ihrer Entstehung und ihres Wandels ..	135
Die Entstehung von Institutionen:	
Verhandlungen und Machtasymmetrien	138
Interaktionen als Verhandlungsproblem	140
Die Anerkennung von Verpflichtungen	154
Spontaner Wandel	160

Die Entstehung von Eigentumsregeln:	
Eine komparative Analyse.....	167
Problem 1: Das Problem des »Allgemeinen Seeschadens«	168
Problem 2: Konkurs	174
Problem 3: Der intergenerative Transfer von Eigentum	181
Zusammenfassung	187

Kapitel 6

Stabilität und Wandel: Konflikte über formelle Institutionen	189
Die Stabilität informeller Institutionen	192
Beibehaltung des status quo	193
Internationaler Wandel	201
Stabilität und die Schwierigkeit, Erwartungen zu verändern	204
Der Staat und Konflikte über formelle Institutionen	207
Neue Mechanismen für die Schaffung von Institutionen	208
Die Interessen des Staates	209
Auswirkungen auf die Verhandlungsmacht von Akteuren	211
Zusätzliche Konfliktquellen	213
Die strategische Wahl von Institutionen:	
Ein Vergleich ihrer Auswirkungen	214
Die Natur von Interaktionen	215
Die Organisation kollektiver Akteure	217
Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen	224
Diskussion	227

Kapitel 7

Schlußfolgerungen.....	230
Erklärung	230
Rechtfertigung	233
Forschungsprogramm.....	235
Literatur	237
Register	249

Vorwort

Institutionen sind von Bedeutung. Auf Grundlage dieser These begann ich mit den Forschungsarbeiten für meine Dissertation, auf der dieses Buch basiert. In welcher Weise sie aber von Bedeutung sind und welche Auswirkungen sie haben, wußte ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Ich wurde jedenfalls durch die Unzufriedenheit mit beiden Seiten der Mikro-Makro-Debatte in den sozialwissenschaftlichen Theorien motiviert. Die Erkenntnis, daß gesellschaftliche Ergebnisse sowohl ein Produkt des individuellen Handelns als auch sozialer Strukturen sind, war für mich eine Selbstverständlichkeit. Alle Diskussionen, die sich ausschließlich auf eine dieser beiden Seiten konzentrierten, schienen mir dem Thema nicht angemessen zu sein.

So machte ich mich daran, über die verschiedenen Wege, wie gesellschaftliche Institutionen in den Sozialwissenschaften behandelt werden, soviel wie möglich zu erfahren. Im Laufe der Zeit wuchs die Erkenntnis, daß ich mich, um die Auswirkungen von Institutionen auf das gesellschaftliche Leben erklären zu können, auf die Beziehung zwischen rationalem Handeln und institutionellen Restriktionen konzentrieren mußte. Obwohl ich der Meinung war, daß der Theorie rationaler Wahlhandlungen eine Schlüsselfunktion hinsichtlich der Beziehung zwischen Handlung und Struktur zukommt, war ich dennoch nicht bereit, die meines Erachtens zu enge (und verbohrt) Betonung des kollektiven Nutzens von Institutionen zu akzeptieren. Diese Betonung führt zu einer Vernachlässigung vieler Aspekte, die Institutionen meines Erachtens bedeutsam machen. Darüber hinaus führt sie auch zu einer Vernachlässigung der zum gesellschaftlichen Leben gehörenden Politik und beschränkt daher die Möglichkeiten der Erklärung institutioneller Entwicklungen und institutionellen Wandels.

Nachdem ich zuviel Zeit damit verbracht hatte, mich darum zu kümmern, was andere Leute zu diesem Thema zu sagen hatten, verfaßte ich eine Dissertation, die den Versuch unternahm, die Rationalität gesellschaftlicher Institutionen durch ihre Verteilungseffekte zu erklären. Ich kann Jon Elster, Russell Hardin und Adam Przeworski nur dafür danken, daß sie mir in diesem Punkt genügend Freiraum ließen. Ihre Ratschläge waren zäh, skeptisch, anspruchsvoll, verständnisvoll und außerordentlich hilfreich, ihre Kritik gnadenlos und erschöpfend, gelegentlich auch unterstützend. Am Ende galt, was für viele Dissertationen zutrifft, daß nämlich einschließlich meiner Person niemand ganz

mit den Ergebnissen zufrieden war. Alle schienen mit meinen Ideen einverstanden zu sein, waren jedoch in bezug auf die Argumente und Begründungen der Meinung, daß noch viel zu tun sei.

Ich ging also von Chicago nach St. Louis mit der Absicht, meine Überlegungen neu zu ordnen. Im Laufe dieses Prozesses schrieb ich das Manuskript vollständig um. Ich denke, daß meine Argumente über Entstehung und Wandel, Stabilität und Konflikt, Informationen und Sanktionen, Handeln und Struktur sowie insbesondere bezüglich Verteilung und Macht jetzt annähernd richtig sind. Sie scheinen zumindest einem Großteil der üblichen Skepsis und Fragen standzuhalten. Ich bin jetzt in der Lage, eine Theorie des Entstehens, der Stabilität und des Wandels von Institutionen zu präsentieren, welche die essentiellen Eigenschaften der Meinungsverschiedenheiten in der alten Mikro-Makro-Debatte beinhaltet. Die Theorie gründet auf dem Verhältnis zwischen rationalem Handeln einerseits und institutioneller Struktur andererseits und konzentriert sich dabei auf den Verteilungskonflikt, welcher einen Großteil des makroökonomischen Aspekts von Institutionen beschreibt. Meine Theorie rechtfertigt diese Perspektive theoretisch als auch empirisch mit Argumenten, die sowohl Zustimmung wie Ablehnung finden dürften. Einige der Argumente werden von Vertretern der Theorie der rationalen Wahlhandlungen angefochten werden, andere von Theoretikern der Makroebene. Nichtsdestotrotz hoffe ich, daß die Leser letzten Endes die Argumente bis zu ihren Schlußfolgerungen verfolgen und diese im großen und ganzen überzeugend finden werden.

Es gibt viele Leute, denen ich für ihre Hilfe beim Verfassen dieses Buches danken möchte. An der Universität von Chicago habe ich unter anderem von Diskussionen mit Chris Achen, Robert Barros, Bruce Carruthers, Tom Christiano, Ingrid Creppel, Saguiv Hadari, Chris Holoman, Jennifer Holt-Dwyer, Mark Hornung, David Menefee-Libey, Duncan Snidal, Gina Soos, Kimberley Stanton, Michael Wallerstein, Margaret Weir und Cui Zhiyuan profitiert. An der Washington Universität in St. Louis führte ich nützliche Gespräche mit Barry Ames, Kevin Corder, Gayle Corrigan, Jean Ensminger, Robert Foley, John Gilmour, Brad Hansen, Steve Lewis, William Lowry, Carol Mershon, Gary Miller, Kristina Neidringhaus, Andrew Rutten, Norman Schofield, Itai Sened, Serenella Sferza, Andrew Sobel, Rorie Spill, Stephen Stedman und Julie Whitters. Während ich dieses Buch schrieb, habe ich zudem viel aus Diskussionen mit James Alt, John Ferejohn, Vic Goldberg, Margaret Levi, Terry Moe und Kenneth Shepsle gelernt. Einige Menschen verdienen besondere Erwähnung (und vielleicht auch Tadel). Von Chicago bis nach Frankreich sowie an etlichen Orten dazwischen haben die Professoren Elster, Hardin und Przeworski, obwohl ihre Rolle als Betreuer meiner Dissertation lange vorbei war, nicht aufgehört, mein Engagement zu fördern und mich anzuspornen.

In St. Louis war es Douglass North, der mich weit mehr herausforderte, ermunterte und motivierte als es seine Pflicht gewesen wäre. Selbst dann, wenn er meine Argumente (speziell jene, die seine eigene Arbeit in Frage stellten) für unausgegoren hielt, ermutigte er mich, sie weiter auszuarbeiten und klarzustel-

len. Jim Johnson war der beste Freund und Kamerad auf intellektuellem Gebiet, den ich mir hätte wünschen können. Wir besuchten zusammen die Hochschule und waren seit dem für einander da. Obwohl er inzwischen an der Northwestern University ist, während ich in St. Louis bin, gibt es keine Anzeichen dafür, daß unsere intellektuelle Debatte im geringsten nachgelassen hätte. Ohne seine Vorschläge, Kritik und Unterstützung wäre dieses Buch ein anderes geworden.

Schließlich möchte ich Gayle Corrigan, Kristina Neidrighaus, Rorie Spill und Steve Lewis für ihre hervorragende Hilfe bei meinen Forschungen danken und des weiteren Emily Loose und Katharita Lamoza von *Cambridge University Press* für ihre außergewöhnliche Unterstützung. Wenn Emily diesem Projekt nicht so beharrlich Rückhalt geboten hätte, wäre ich noch immer beim Schreiben, was zum Glück nicht der Fall ist.

Kapitel 1

Einleitung

Wo immer Individuen danach streben, miteinander zu leben und zu arbeiten, entstehen gesellschaftliche Institutionen. Von ihren einfachsten bis zu ihren komplexesten Formen produzieren wir sie in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens. Von politischen Entscheidungen, über Produktions- und Tauschaktivitäten in der Wirtschaft, bis hin zu den Regeln, die persönliche Beziehungen betreffen, begründen institutionelle Arrangements den Rahmen innerhalb dessen gesellschaftliche Interaktionen stattfinden. Ein Mitglied einer Gruppe oder einer Gesellschaft zu sein bedeutet, innerhalb gesellschaftlicher Institutionen zu leben.

Man beachte die Mannigfaltigkeit von Institutionen. So bestimmt eine Reihe elementarer gesellschaftlicher Konventionen, Regeln und Normen unserer alltägliches Handeln. Ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben sind bedeutend und vielfältig. Sie gestalten die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und die laufenden Angelegenheiten im Familienleben. Sie setzen die Maßstäbe für das Verhalten unter Nachbarn oder einer Gemeinde. Schließlich bieten sie eine bedeutende Quelle für die Weitergabe von sozialem Wissen von einer Generation zur nächsten. Kurz gesagt: Informelle Konventionen sind die Basis, auf der ein sehr großer Teil der formellen Institutionen das ökonomische und politische Leben organisiert und beeinflusst.

Auch ökonomische Organisationen, von der kleinen Firma bis zum multinationalen Konzern, werden durch institutionelle Rahmenbedingungen strukturiert, an der Werkbank genauso wie im Vorstand. Ökonomische Märkte sind durch Institutionen geregelt, die die Systeme von Eigentums- und Verfügungsrechten beinhalten, welche die wirtschaftliche Tauschvorgänge definieren. Ebenso ist der politische Entscheidungsprozeß von der Stadtebene bis hin zu der Regierung eines Landes von institutionellen Regeln und Verfahrensweisen begleitet. Die Einrichtung politischer Institutionen ist in den meisten Ländern durch eine Verfassung geregelt, die wahrscheinlich die allumfassendste Form einer Institution darstellt, die auf nationaler Ebene zu finden ist. Viele dieser ökonomischen und politischen Institutionen sind Kraft Gesetzes abgesichert, wobei das Gesetz oft selbst eine verbindliche Institution darstellt, die informelle Konventionen und Normen formalisiert hat. Schließlich beherrscht eine ständig wachsende Anzahl internationaler Konventionen, Normen, Verträ-

ge und Regeln die internationalen Beziehungen, vom internationalen Handel bis hin zum Verhalten in einem Kriegsgebiet.

Viele unserer grundlegenden Fragen zum gesellschaftlichen Leben enthalten Beispiele für die Rolle, die Institutionen spielen. Warum verfügen wir über so viele Institutionen? Warum nehmen sie in einer Gesellschaft diese und in einer anderen jene Form an? Was sind die Auswirkungen dieser verschiedenen institutionellen Arrangements? Wie haben sie sich entwickelt und wann und warum wandeln sich die institutionellen Formen? Auf diese Fragen existieren viele widersprüchliche Antworten aus den unterschiedlichsten intellektuellen Quellen. Dementsprechend vielfältig sind auch die Implikationen dieser Antworten. Aus einer erklärungsorientierten Perspektive dient die sozialwissenschaftliche Erkenntnis über die Entwicklung und den Wandel von Institutionen, sowohl dem Verständnis der Geschichte als auch des zeitgenössischen Geschehens einer Gesellschaft. Aus einer kritischen Perspektive erlaubt uns das Verständnis des institutionellen Wandels ein Urteil, ob die bestehenden Institutionen geeignet sind, die Ziele mit denen sie gerechtfertigt werden, zu fördern. Aus einer normativen Perspektive schließlich beeinflusst das Wissen über die Entwicklung von Institutionen unsere Fähigkeit, sie zu reformieren.

Fragen dieser Art sind der Hauptgegenstand des vorliegenden Buches. Der Schwerpunkt liegt dabei primär auf dem grundlegenden Netzwerk von Konventionen, Normen, Rechte und Regeln, auf denen eine Gesellschaft fußt. Ich werde analysieren, wie dieses informelle Netzwerk sich entwickelt und wandelt und was passiert, wenn das Netzwerk informeller Institutionen in Form von Gesetzen formalisiert wird, deren Durchsetzung staatlich garantiert ist. Ebenso werde ich den Einfluß dieses Netzwerkes auf die Entwicklung formeller institutioneller Arrangements sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Gebiet analysieren. Zu diesem Zweck werde ich zunächst die verschiedenen existierenden Theorien untersuchen, ihre gemeinsamen Themen (gerade dann, wenn sie interdisziplinär sind) herausarbeiten und ihre Erkenntnisse würdigen. In einem zweiten Schritt schlage ich dann eine alternative Theorie des Entstehens und des Wandels von Institutionen vor. Diese Theorie erhebt den Anspruch wichtige Merkmale des gesellschaftlichen Lebens zu integrieren, die in anderen Ansätzen fehlen. Schließlich werde ich drittens die Implikationen der verschiedenen Theorien des institutionellen Wandels für unser Verständnis existierender gesellschaftlicher Institutionen sowie für unsere kritischen und normativen Urteile über diese Institutionen untersuchen.

Wir beginnen mit der Definition einer *gesellschaftlichen Institution*. Die sozialwissenschaftliche Theorie bietet verschiedene Definitionen an, die von einer formellen Organisation, die explizite Regeln und Formen der Verwaltung und der Durchsetzung aufweist, bis hin zu einem beliebigen stabilisierenden Muster menschlicher Beziehungen und Handlungen reicht (March und Simon 1958, Taylor 1992, Weber 1978, 1985). Obwohl jede Definition bestimmte Aspekte institutioneller Details herausstellt, ist die einfachste und naheliegendste Art, eine brauchbare Definition zu entwickeln, die gemeinsamen Eigen-

schaften von Institutionen in den verschiedenen Zusammenhängen zu identifizieren. Zuallererst ist eine Institution *ein Regelwerk, das gesellschaftliche Interaktionen auf eine bestimmte Art strukturiert*. Zweitens müssen, damit dieses Regelwerk eine Institution darstellen kann, *alle Mitglieder einer entsprechenden Gruppe oder Gesellschaft über diese Regeln informiert sein*.

Eine solche Definition gewährleistet einen großen Spielraum zur Erfassung gesellschaftlicher Institutionen und schließt gleichsam individuelle Verhaltensweisen aus, die häufig als Institutionen gedeutet werden. Faustregeln und Maximen wie »Ich bezahle meine Rechnungen sofort« oder »Mache täglich Gymnastik« oder »Gehe einmal im Jahr zum Arzt« sind nämlich keine Institutionen. Obwohl solche Regeln bei der Organisation des täglichen Lebens hilfreich sein können, handelt es sich um rein private Restriktionen, die nur individuell Gültigkeit besitzen.

In den folgenden Kapiteln werde ich das so definierte Konzept gesellschaftlicher Institutionen untersuchen und ausarbeiten; aber ich sollte bereits hier kurz zwei verwandte Fragen streifen. Dies ermöglicht es mir, gleich zu Beginn den Umfang meiner Analyse klarzustellen und zwei zeitgenössische Diskussionen anzusprechen. Erstens besteht eine wichtige Implikation der breiten Definition in der impliziten Ablehnung der Dichotomie zwischen Gesetz und Gesellschaft, wie sie weiten Teilen der Analyse in der Rechtsanthropologie und der Jurisprudenz zugrundeliegt (Comaroff und Roberts 1981, Starr und Collier 1989). Folgt man dieser Dichotomie, so sind rechtliche Institutionen die einzigen Institutionen, die nachhaltige strukturelle Einflüsse auf das gesellschaftliche Leben ausüben. Infolgedessen haben Gesellschaften, denen ein entwickeltes System der rechtlichen Durchsetzung fehlt, anahmegemäß keine institutionellen Rahmenbedingungen, die es wert wären, untersucht zu werden.

Obwohl es wichtig ist, Institutionen nach den Ausmaßen zu ordnen, in denen externe Autoritäten ihre Durchsetzung sicherstellen, ist diese Dichotomie falsch. Gesetze und rechtliche Institutionen verlassen sich darauf, daß der Staat garantiert, daß die Akteure einer Gesellschaft diese Regeln und Verfahrensweisen akzeptieren. Andere Arten von Institutionen, wie zum Beispiel gesellschaftliche Konventionen und internationale Institutionen, haben einen selbst durchsetzenden Charakter in dem Sinne, daß keine externe Autorität existiert, die garantiert, daß die gesellschaftlichen Akteure sie respektieren. Welche Sanktionen in diesen Fällen auch immer existieren, sie sind informell und dezentralisiert. Zwischen den beiden Extremen der extern durchgesetzten und der sich selbst durchsetzenden Institutionen existieren viele Mischformen. Diese werden grundsätzlich von einer Autorität, typischerweise dem Staat, anerkannt und ermächtigt, im einzelnen aber durch das Verhalten der beteiligten Akteure organisiert. Beachten Sie, daß jede dieser institutionellen Formen signifikante Effekte auf die Struktur gesellschaftlicher Interaktionen hat. Die Unterscheidung in formelle und informelle Sanktionen ist in erster Linie für das Ausmaß dieser Effekte und deren Stabilität im Zeitablauf von Bedeutung.

Eine zweite Klarstellung betrifft den Unterschied zwischen einer Institution und einer Organisation. Während Institutionen Regelwerke sind, die Interaktionen zwischen Akteuren strukturieren, sind Organisationen Kollektive von Akteuren, die im Rahmen institutioneller Restriktionen handeln. In der Regel verfügen Organisationen über eine interne Struktur in Form institutioneller Rahmenbedingungen, die die Interaktionen der Personen regelt, aus denen die Organisation besteht. Dementsprechend können viele kollektive Einheiten konzeptionell sowohl als Institution als auch als Organisation aufgefaßt werden. Beispiele hierfür sind etwa eine Unternehmung, eine Regierungsbehörde, eine Kirche oder eine Universität.

Um die Bedeutung dieser Unterscheidung zu erkennen, denke man nur an die jüngst zu beobachtende erneute Betonung politischer Institutionen. Diese Untersuchungen haben gezeigt, daß staatliche Institutionen und Behörden vor allem deshalb wichtig sind, weil sie unabhängige, politische Akteure mit eigenen Zielen und Interessen darstellen (Evans, Rueschmeyer und Skocpol 1985, Katzenstein 1978, Skowronek 1982). In Erklärungsansätzen politischer Ergebnisse auf der Makroebene werden staatliche Institutionen mit anderen Faktoren kombiniert.¹ Die Stärke dieser Ansätze beruht auf der Herausarbeitung der »staatlichen Kapazitäten«, d.h. dem Ausmaß bis zu dem der Staat seine eigenen Ziele auch bei Widerstand durch oppositionelle Kräfte und andere widrige Umstände verfolgen kann (Nordlinger 1981, Skocpol 1985). Die entscheidende theoretische Erkenntnis besteht darin, daß mit wachsender »Staatskapazität« auch die Bedeutung der Rolle staatlicher Institutionen bei der Realisation politischer Ergebnisse wächst.

Diese Diskussion ist soweit ganz hilfreich, aber im Grunde handelt es sich hier um einen Diskurs über die Autonomie des Staates: Bis zu welchem Ausmaß haben staatliche Institutionen autonome Interessen, die ihre Agenten zu unabhängigem Handeln motivieren?² Nach meiner Definition von Institutionen ist dies lediglich eine Frage über die Effektivität staatlicher Organisationen als kollektive Akteure und nicht über die Besonderheit gesellschaftlicher Institutionen. Eine Untersuchung in meinem Sinne würde demgegenüber fragen: Welche Auswirkungen haben verschiedene institutionelle Arrangements auf die »Staatskapazitäten«? Allgemeiner formuliert: Fragen nach der Effektivität von Organisationen als Akteure problematisieren nicht die Besonderheiten von Institutionen für sozialwissenschaftliche Erklärungen. Ich vermute, daß diese Frage nur behandelt werden kann, wenn die Beziehung zwischen institutionellen Regeln einerseits und gesellschaftlichem Handeln andererseits untersucht wird.

¹ Siehe Levi (1988) für einen gründlichen und intelligenten Überblick über die wachsende Literatur, die »den Staat wieder zurückbringen« möchte.

² Siehe Przeworski (1990) für eine allgemeine Kritik der Theorien der Autonomie des Staates.

Klassische Beiträge zum institutionellen Wandel

Gesellschaftlicher und institutioneller Wandel war schon immer ein Thema für die Gelehrten der verschiedenen theoretischen Schulen. Obwohl die vorgeschlagenen Erklärungen sehr heterogen sind, können wir sie in zwei Denkrichtungen einteilen, die durch ihre unterschiedliche Betonung der speziellen Auswirkungen von gesellschaftlichen Institutionen charakterisiert sind. Die erste Konzeption der Entwicklung und des Wandels von Institutionen konzentriert sich auf den kollektiven Nutzen gesellschaftlicher Institutionen für die Gesellschaft als Ganzes. In der zweiten Konzeption wird der diskriminierende Nutzen solcher Institutionen betont, d.h. die ungleiche Verteilung der Vorteile, die durch institutionelle Rahmenbedingungen für einzelne Teile der Gesellschaft hervorgerufen werden. Diese Unterscheidung läuft – grob gesprochen – auf eine zwischen Koordination und Konflikt bzw. zwischen der Koordination von Interessen und dem Wettbewerb der Interessen hinaus.³ Beschäftigt man sich mit einigen prominenten Vertretern dieser beiden Konzepte, zeigen sich die Implikationen beider Ansätze und man erkennt darüber hinaus, warum die erste Konzeption das zeitgenössische Denken dominiert.

Betrachten wir zuerst die Konzeption, die gesellschaftliche Institutionen als Koordinationsinstrumente, welche gesellschaftlichen Nutzen stiften, auffaßt. In dieser Tradition wurden vier zentrale Mechanismen des institutionellen Wandels entwickelt, die bis heute die zeitgenössische Diskussion dominieren. Einer dieser Mechanismen, der Vertrag, bildet die Basis klassischer Ansätze zur Erklärung der intentionalen Entwicklung gesellschaftlicher Institutionen. So gebrauchte Thomas Hobbes (1963) den Vertrag, um ursprüngliche politische Institutionen des Staates intentional zu erklären. Seine These: Die Menschen, die zunächst in einem vorstaatlichen Zustand lebten, schlossen einen allgemeinen Gesellschaftsvertrag, in dessen Rahmen Inhalt und Form politischer Basisinstitutionen festgelegt wurden. Da dieses Buch sich jedoch primär auf die Evolution gesellschaftlicher Institutionen konzentriert und deren intentionale Gestaltung und Reformen nur sekundär behandelt, widme ich dem Einfluß von Hobbes auf die zeitgenössischen Ansätze zur Erklärung der intentionalen Gestaltung politischer Institutionen nur wenig Aufmerksamkeit. Auf das Thema »Vertrag als Mechanismus intentionaler Gestaltung« werde ich aber im sechsten Kapitel zurückkommen.

Die klassischen Ansätze gebrauchten drei Mechanismen zur Erklärung der Evolution gesellschaftlicher Institutionen: Spontane Entstehung, marktkoordi-

³ Der Begriff der Koordination hat inzwischen in der spieltheoretischen Literatur eine technische Bedeutung erlangt. Ein Koordinationsspiel ist ein Spiel, in dem es mehr als ein Gleichgewicht gibt, das den Akteuren Nutzen stiftet, sofern sie eine Möglichkeit zur Koordination ihrer Strategien zum selben Gleichgewicht finden. Ich benutze den Begriff hier allgemeiner, um sowohl Situationen, in denen gesellschaftliche Akteure ihre Handlungen mit Absicht koordinieren als auch solche, in denen die Koordination durch einen Mechanismus wie z.B. dem Markt herbeigeführt wird, zu beschreiben.

nierter Tausch und gesellschaftliche Selektion. Obwohl diese Mechanismen gemeinsame Merkmale haben, bieten sie dennoch jeweils eigene Antworten auf Fragen der Entwicklung von Institutionen. Die ihnen zugrundeliegende Logik findet sich in den klassischen Arbeiten von David Hume, Adam Smith und Herbert Spencer.

Hume führte die Idee der spontanen Entstehung von Rechts- und Eigentumsnormen als Gegenargument gegen zwei bestehende Begründungen solcher Institutionen ein: (1) Naturrechts-Ansätze, wie John Lockes Auffassung vom Eigentum und (2) vertragstheoretische Ansätze, wie Hobbes Auffassung über den Staat (Hume 1978, Buch III, Teil II, Abschnitt II). Um Positionen, die durch eine Betonung der intentionalen Gestaltung von Eigentums- und Verfügungsrechten charakterisiert sind, zu widerlegen, benutzte Hume einen evolutionären Ansatz, der sich auf die Entstehung gesellschaftlicher Konventionen und Normen als das nicht beabsichtigte Produkt eines permanenten Prozesses gesellschaftlicher Interaktionen konzentriert. Das Problem, dessen Lösung die Konventionen über Gerechtigkeit und Eigentum versprechen, ist ein klassisches: Wie kann die Gesellschaft verhindern, daß in einer Welt knapper Ressourcen Individuen beim Genuß der Vorteile ihres Eigentums durch andere beeinträchtigt werden? Entsprechend der These der spontanen Entstehung von Institutionen, lösen die gesellschaftlichen Akteure das Problem im Rahmen eines sich in der Zeit wiederholenden Interaktionsprozesses. In diesen periodisch wiederkehrenden Interaktionen erfahren die Individuen, daß eine Regel zur »gerechten« Aufteilung des Eigentums eine Verbesserung gegenüber anarchischen Eigentumsverstößen darstellt. In einem Prozeß von Versuch und Irrtum beginnen die Akteure zu erkennen, daß bestimmte Verhaltensmuster zu Standardreaktionen auf Fragen der Aufteilung des Eigentums führen. Bei Hume bleibt allerdings unklar, wie es zu einer Verfestigung dieser Verhaltensmuster kommt. Indem die Menschen jedoch diese Verhaltensmuster in den entsprechenden Situationen antizipieren, beginnen sie zu erwarten, daß diese Regeln auch in Zukunft befolgt werden. Möglicherweise stabilisiert sich eine Konvention, und die Mitglieder der Gesellschaft gehen dazu über, diese Regel als die angemessene und gerechte Verhaltensform zu behandeln. Hieraus schließt Hume, daß Rechts- und Eigentumsnormen willkürlich sind und nicht das Produkt einer bewußten Planung. Eine weitere Implikation besteht darin, daß die Etablierung einer Norm willkürlich ist. Genauso gut hätte sich eine substantiell abweichende Form entwickeln können. Der entscheidende Punkt für Hume ist offensichtlich nicht die exakte Beschaffenheit der Norm, sondern vielmehr, daß überhaupt eine Norm notwendig ist, um den kollektiven Nutzen der Gesellschaft im Ganzen zu mehren.

Das Thema der spontanen Entstehung von Institutionen ist auch in den Arbeiten von Adam Smith über die institutionellen Entwicklungen des Kapitalismus vorherrschend. Er ergänzt dieses Konzept aber durch den Mechanismus des marktkoordinierten Tausches. In den Smithschen Arbeiten über Ethik und Politische Ökonomie finden wir eine sozialwissenschaftliche

Theorie, die eine Synthese von intentionaler und nicht intentionaler Gestaltung von Institutionen darstellt. Die Logik ist in jedem Fall dieselbe: Die Entwicklung gesellschaftlicher Institutionen durch ein fortlaufendes Netzwerk von Interaktionen zwischen kleinen Teilmengen der Gesellschaft. Bezüglich der normativen Ordnung einer Gemeinschaft vertritt Smith einen ähnlichen Standpunkt wie Hume, indem er die spontane Entstehung eines Systems von Basissanktionen beschreibt, die das eigennützige Verhalten der Individuen kontrollieren (Smith 1969). Auch hebt Smith einen ähnlichen Lernprozeß durch Versuch und Irrtum hervor, in dessen Verlauf die Menschen sowohl interne wie auch externe Sanktionen zur Einschränkung eigennützigem Handeln einführen. Diese Sanktionen führen bis zu einem gewissen Grad zu einem gerechten Verhalten der gesellschaftlichen Akteure, indem sie einen moderaten Eigennutz etablieren, der dem entspricht, was ein »unparteiischer Beobachter« als ein angemessenes Verhalten in einer Gemeinschaft betrachten würde (S. 161–62). Während die externen Sanktionen dem Wunsch des Individuums nach gesellschaftlicher Anerkennung entgegenkommen, führen die internen Sanktionen als Ergebnis eines Internalisierungsprozesses zur Befriedigung des Wunsches nach Selbstanerkennung. Es entsteht also ein zweistufiger Sanktionierungsmechanismus, der das eigennützige Verhalten zum Wohl der Gesellschaft beschränkt.

Im Rahmen dieser normativen Ordnung führen individuelle Tauschaktivitäten auf dem Markt zu den verschiedensten ökonomischen und politischen Institutionen (Smith 1976). Das ist die Logik des berühmten Arguments der »unsichtbaren Hand«: Durch Tausch entwickeln individuelle Akteure Verhaltensmuster, die es ihnen erlauben, Vorteile aus Spezialisierung und Handel zu ziehen. Der Markt koordiniert diese individuellen Verträge auf zweierlei Weise zum Nutzen der Gesellschaft. Einerseits hindern die Marktkräfte einzelne Akteure daran, ihre Verhandlungsmacht zur Schaffung institutioneller Arrangements zu gebrauchen, die entweder andere Individuen oder die gesamte Gesellschaft benachteiligen würden. Smith betont hier den negativen Effekt ökonomischer Macht, die nicht durch den Markt beschränkt wird (S. 631–32). Andererseits ermöglichen die Wettbewerbskräfte des Marktes eine größere Effizienz bei der Entwicklung ökonomischer Institutionen (S. 163–64). Im Laufe der Zeit werden weniger effiziente Institutionen durch effizientere Formen vertraglicher Tauschaktivitäten durch den Markt verdrängt. Der Markt etabliert tendenziell ökonomische Institutionen, die der Gesellschaft einen höheren kollektiven Nutzen stiften.

Die Auffassungen von Hume und Smith über die spontane Entstehung von Institutionen und die marktliche Koordination von Tauschaktivitäten sind zentral für die klassische Tradition des kollektiven Nutzens. Die dritte These, gesellschaftliche Selektion, entstammt einer ganz anderen theoretischen Tradition, wenngleich sie ebenfalls in der Argumentation der »unsichtbaren Hand« gefunden werden kann. Betrachtet man die Logik der gesellschaftlichen Selektion, wie Spencer sie präsentiert hat (Spencer 1969), erkennt man diese Über-

einstimmung. Theorien der gesellschaftlichen Selektion erklären die Entwicklung gesellschaftlicher Institutionen auf der Basis des Kriteriums ihrer Eignung: Gesellschaftliche Institutionen entstehen und bestehen in dem Ausmaß, indem sie geeignet sind, einer Gesellschaft in einer Welt des Wettbewerbs beim Überleben zu helfen. Gesellschaftliche Institutionen werden also bezüglich ihrer Fähigkeit, funktionelle Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, analysiert. Die zentralen Elemente dieses evolutionären Prozesses sind Variation, Selektion und Vererbung. Nach Spencer folgt das Wachstum einer Gesellschaft einem Pfad wachsender struktureller Differenzierung, einer sich ständig vergrößernden Vielfalt von institutionellen Formen. Die gesellschaftlichen Institutionen sind entscheidend für die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich an geänderte Umstände funktional anzupassen. Dieser Anpassungsdruck resultiert im wesentlichen aus Bevölkerungswachstum und dem damit verbundenen Wettbewerb der Gesellschaften um die verfügbaren Ressourcen. Wettbewerb ist dabei der Mechanismus der evolutionären Selektion: Nur die Gesellschaften, deren Institutionen Wachstum und Anpassung ermöglichen, werden überleben. Für Spencer manifestiert sich dieser Wettbewerb letztlich in Kriegen und Auseinandersetzungen zwischen Gesellschaften, wobei diejenigen Gesellschaften, die sowohl quantitativ als auch qualitativ wachsen, jene besiegen werden, die weniger anpassungsfähig sind. Die überlebenden Gesellschaften geben an die nachfolgenden Generationen kollektiv vorteilhafte Institutionen weiter. Danach wiederholt sich der Mechanismus der gesellschaftlichen Selektion durch neue Wettbewerbssituationen. Ein idealtypisches Beispiel für einen solchen erfolgreichen Evolutionsprozeß ist die Entwicklung von Arbeitsteilung und Spezialisierung in einer Gesellschaft.

Hier sehen wir nun die Analogie zwischen Smiths Mechanismus der marktlichen Koordination von Tauschaktivitäten und Spencers Mechanismus der gesellschaftlichen Selektion. Smith identifiziert Arbeitsteilung als ein Ergebnis des individuellen Tausches, der durch Marktwettbewerb verfestigt wird. Dies bedeutet, daß der Markt genau die Form von Institution selektiert, die den größten Nutzen für die Gesellschaft hervorbringt. Der Markt ist für Smith also das, was für Spencer der Wettbewerb zwischen den Gesellschaften ist. Beide Theorien stimmen überein in ihrer Betonung des kollektiven Nutzens von Institutionen.

Im Gegensatz zum Ansatz des kollektiven Nutzens gesellschaftlicher Institutionen steht eine zweite klassische Tradition, die die diskriminierenden Effekte von Institutionen betont. Entsprechend dieser Theorie lassen sich gesellschaftliche Institutionen mittels ihrer nutzenrelevanten Auswirkungen auf einzelne Segmente der Gesellschaft erklären. Es wird also nahegelegt, an Interessenkonflikte zu denken, die ihrerseits Verteilungsfragen inhärent sind. Ungeachtet all seiner Implikationen für eine Theorie des Konflikts über die Entwicklung und den Wandel von Institutionen, wurde der Ansatz der diskriminierenden Effekte hinsichtlich der Mikrofundierung und der Mechanismen des Wandels wesentlich weniger gründlich ausgearbeitet als der Ansatz des kollektiven

Nutzens. Zwei Theoretiker stehen für die Betonung von Verteilungsfragen: Karl Marx und Max Weber.

Für Marx war gesellschaftlicher und institutioneller Wandel kein reibungsloser Pfad mit zunehmenden kollektiven Verbesserungen, sondern eher eine Abfolge zwischen Stabilität und substanziellem Wandel, wobei jeder Wandel genau die gesellschaftlichen Gruppen dominieren läßt, die am meisten von den vorherrschenden institutionellen Arrangements profitierten (Marx 1986, S. 187–88). Marx bot zwei verschiedene Theorien zur Erklärung dieses Wandels an: Historischen Materialismus einerseits und Klassenkampf andererseits.

Die erste Theorie schlug eine Dynamik des Wandels auf gesellschaftlicher Ebene vor, die von einer funktionalen Beziehung zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen angetrieben wird. Sobald die Produktionsverhältnisse (die existierenden Institutionen) die funktionalen Erfordernisse eines fortgesetzten Wachstums der Produktivkräfte nicht mehr erfüllen können (hier handelt es sich um das berühmte Argument der Fesselung der Produktivkräfte), wird eine institutionelle Revolution ausbrechen, die neue, für ein fortgesetztes Wachstum funktional besser geeignete, Institutionen hervorbringt. Die Frage, wie es zu dieser Revolution kommt, blieb in der Theorie des historischen Materialismus unbeantwortet. Die zweite Theorie arbeitete eine unauflösbare Spannung zwischen den Interessen und Fähigkeiten der verschiedenen ökonomischen Klassen heraus und legte es nahe, daß diese Spannung sich in einer grundlegenden sozialen Revolution niederschlagen würde. Wie aus dieser Revolution jedoch neue, der zuvor herrschenden Ordnung überlegene Institutionen hervorgehen sollen, blieb auch in der Theorie des Klassenkampfes unbeantwortet.

Das Resultat dieser Mängel war, daß obwohl beide Theorien auf der Ansicht beruhen, daß gesellschaftliche Institutionen herrschende gesellschaftliche Gruppen begünstigen und durch diese erklärbar sind, sie als alternative Ansätze des unvermeidlichen institutionellen Wandels in die Theoriebildung eingegangen sind, die nicht in der Lage waren, eine Synthese zu bilden, die die Notwendigkeit des Wandels der Produktionsverhältnisse – dem institutionellen Fundament einer Gesellschaft – auf der Basis eines Konfliktes zwischen den Klassen erklärt.⁴ Was bleibt ist die Betonung des Verteilungsaspektes zur Erklärung des institutionellen status quo. Aber auch mit diesem Aspekt wurden die Mechanismen des institutionellen Wandels nicht angemessen erklärt.

Eine ähnlich hohe Aufmerksamkeit fand die diskriminierende Betonung von Institutionen in Webers Werk des gesellschaftlichen und institutionellen Wandels. Sein Hauptwerk läßt sich als der Versuch charakterisieren zu zeigen, warum gesellschaftliche Institutionen, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen begünstigen, überleben, während Institutionen, die andere Segmente der Ge-

⁴ Siehe Elster (1985) für eine detaillierte Analyse der verschiedenen Theorien des gesellschaftlichen Wandels in den Schriften von Marx.

sellschaft bevorzugen, entweder gar nicht erst entstehen oder untergehen.⁵ Sein klassischer Aufsatz über Aufstieg und Herrschaft der protestantischen Ethik und die daraus folgenden Institutionen des modernen Kapitalismus ist sein exaktester und systematischster Ansatz zur Erklärung des dem institutionellen Wandel immanenten Wettbewerbs (Weber 1989). Obwohl Weber die gravierenden Verteilungswirkungen des institutionellen Wandels erkennt und sogar den institutionellen Bestand aufgrund vorherrschender Interessen erklärt, gelingt es ihm nicht, diese Auswirkungen grundlegend in sein Werk zu integrieren. Webers Theorie des institutionellen Wandels ist ein klassischer Ansatz der systematischen Anpassung menschlichen Verhaltens an Veränderungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Umwelt. Ein Beispiel: Ein Teil der ökonomischen Unternehmer entwickelte das Interesse (auch im Sinne immaterieller Interessen), ihr ökonomisches Verhalten zu ändern. Dieses Verhalten erweist sich bei geänderten wirtschaftlichen Bedingungen als vorteilhaft (hier nur in bezug auf materielle Interessen) und wird infolgedessen von anderen Unternehmern imitiert. Nach einer bestimmten Übergangszeit zwingen dann die Bedingungen des Marktes auch die verbleibenden Unternehmer, sich den neuen Formen des ökonomischen Verhaltens anzupassen. Weber übernimmt hier Aspekte von Smiths Idee der Wettbewerbskräfte des Marktes: Die neuen Formen des Verhaltens werden zu einer Notwendigkeit statt zu einer Wahlmöglichkeit. Beachten Sie, daß der den Wandel auslösende Mechanismus zufällig zu sein scheint und daß die auf Intuition beruhenden, immateriellen Interessen eine Strategie hervorbringen, die unter dynamischen Gesichtspunkten jenen, die sich gezwungenermaßen aus den materiellen Interessen auf dem Markt ergeben, überlegen sind. Letzten Endes bietet Weber eine Theorie des gesellschaftlichen Wandels an, die nicht fähig ist, einen Mechanismus des Wandels herauszuarbeiten, der die fundamentalen Erkenntnisse über die Bedeutung von Konflikten und Verteilungseffekten integriert.

Zeitgenössische Theorien des institutionellen Wandels

In den zeitgenössischen Analysen wird das Problem der Institutionalisierung als ein Problem kollektiven Handelns konzeptionalisiert. Den Institutionen kommen dabei verschiedene Rollen zu: Periodisch in der Gesellschaft wiederkehrende Probleme zu lösen (Schotter 1981), Restriktionen, die Individuen helfen, die negativen Effekte kollektiven Handelns zu vermeiden (Boudon

⁵ Siehe zum Beispiel Webers programmatische Ausführungen zu Beginn seines Werkes *Wirtschaft und Gesellschaft* (1985). Diese Ausführungen haben einige Autoren dazu verleitet, Weber irrigerweise als einen Anhänger des gesellschaftlichen Selektionsmodells der institutionellen Evolution zu deuten, z.B. Langton (1982). Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch, daß Webers Ausführungen keinesfalls die Anerkennung der üblichen Thesen der gesellschaftlichen Selektion beinhalten.

Register

- Abstimmungszyklen 58, 68 f.
Alchian, Armen 13, 43, 94, 130
Allgemeiner Seeschaden 168 ff.
Altruismus 99
Apartheid 75, 80, 136
Arrow, Kenneth 11
Aumann, Robert 157, 175 ff.
Axelrod, Robert 12, 66, 79, 102, 193
- Bain, Georg 218, 222
Barry, Brian 17, 42
Barzel, Yoram 12, 122
Bates, Robert 15, 27, 45, 135
Boudon, Raymond 10, 17, 88, 107
Boyd, Robert 93 ff.
- Coase, Roland 12 f., 26, 34, 121
Coleman, Jules 32 f., 103
Comaroff, John 3, 181 f.
- Dalhuisen, J. H. 28, 75, 175 f., 181
Ditz, Toby 187
Durchsetzender Dritter 60, 139, 229
- Effizienz
 und formelle Institutionen 209
 klassische Theorie 11
 Kritik 32
 und Markt 43
 zeitgenössische Theorien 13 ff.,
Eggertsson, Thráinn 32, 47, 118 ff.
Eigentums- und Verfügungsrechte
 Definition 26
 und Effizienz 36, 88
 Entwicklung 118
 und Staat 209
Elster, John 9 ff., 29 f., 44, 53, 61, 81, 94, 107, 118, 146
Entscheidungsfindung
 und gesellschaftliche Erwartungen 59
 strategische 55
 parametrische 19
Erbfolge, nicht testamentarische 181
Erwartungen
 Bildung 19, 27, 53, 62, 106 ff., 154, 195
 und Entscheidungsfindung 59 f.
 Zuverlässigkeit 81
Evolution 93 ff.
Evolutionäre Theorien 11 ff., 94 ff., 102 ff.
- Faia, Michael 94, 103, 106
Familie 26 ff., 76 ff., 96, 118, 128 ff, 150 ff., 182, 191 ff.
- GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)* 83 f.
Geertz, Clifford 89
Gewerkschaften 214 ff.
 und Verhandlungen 67, 86, 153, 224
Gilmore, Grant 169 ff.
Gleichgewicht
 und gemischte Strategie 63, 147
 und Koordination 55, 108
 multiples 41, 57, 63, 70 f., 82, 109
 selbst durchsetzendes 71 f., 109, 193
Gordon, Robert 14
Gray, John 103, 105
- Hardin, Russell 19, 31 f., 39 ff., 197, 212
Hart, H. L. A. 66, 78, 154, 209
Hayek, F. A. 12 f., 73, 81, 90, 103 ff.
Heirat 128, 133, 150 f., 161, 193
Hobbes, Thomas 5 f., 12
Honoré, Tony 161
Hooker, M. B. 182 ff.
Hume, David 6 f., 11, 137
- Ideologie 88 ff., 204

- Informationen 60, 81, 155, 193
 Institutionelle Regeln 73
 und Ideologie 88
 und Informationen 60
 Interpretation 83, 193
 Institutionen, Entstehung und Wandel 138 ff.
 evolutionäre Theorien 5, 102, 106, 118
 klassische Theorie 5
 Kosten 47, 200
 und Pareto-Optimalität 38, 116
 Restriktionen 204
 und revolutionäre Bewegungen 206
 und Staat 207
 und Wahlhandlungstheorie 15
 und Wettbewerb 126
 zeitgenössische Theorien 10
 Institutionen, formelle 189 ff.
 Anerkennung 154
 und Effizienz 210
 Konflikte 189, 200, 215
 und Sanktionen 65
 Institutionen, gesellschaftliche
 ambivalente 117
 Definition 2, 59
 und Effizienz 32, 210
 und Erwartungen 59, 81
 und formelle Sanktionen 138 f., 189, 209, 227
 und Informationen 60, 193
 und informelle Sanktionen 65, 198
 intentionale Gestaltung 14, 47, 118
 klassische Theorie 5 ff.
 und Pareto-Optimalität 38, 116, 124
 und private Arrangements 132
 selbst durchsetzende 60, 80, 191
 spontane Entstehung 102, 138
 Stabilität 191
 und Entscheidungsfindung 60
 und Theorie der gesellschaftlichen Normen 16
 und Verteilung 9, 25, 150
 und Verhandlungstheorie 140, 207
 und Wahlhandlungstheorie 15
 zeitgenössische Theorien 10 ff.
 Institutionen, informelle
 und Anreize 195
 Entstehung 138
 und Erwartungen 59, 81
 und Informationen 60, 193
 und intentionaler Wandel 201
 Stabilität 191
 Johnson, James 83, 110, 162
 Jones, W. J. 175 f.
 Kollektives Handeln, Probleme 79, 217 ff.
 Kompensation 124 ff.
 Konflikte
 und Interessen 9, 37
 und Spiel mit gemischten Motiven 57, 117
 und Staat 207
 und Verteilung 21, 44, 70, 138
 Konkurs 174 ff.
 Kooperation 79, 102, 141, 195
 und informelle Institutionen 193
 Koordination 55, 106
 klassische Theorie 5 ff.
 und Konventionen 106
 und Pareto-Optimalität 116
 stillschweigende 109
 Krehbiel, Keith 91
 Kreps, David 57, 121, 141, 199
 Kula, Witold 25 ff., 76 ff., 137, 152
 Kuran, Timur 204 f.
 Langton, John 10
 Lernprozeß 154
 Levi, Margaret 4, 19, 80, 86
 Levy, David 81
 Lewis, David 12, 38, 83, 106 ff.
 Libecap, Georg 12, 45, 123, 135
 Macauley, Stewart 67
 Macht
 Definition 46
 und Staat 211
 und Verhandlungen 160
 und Wettbewerb 126
 Machtasymmetrien 45, 142 ff.
 MacNeil, Ian 85, 179
 Maine, Henry 182 f.
 Mannheim, Karl 89
 March, James 2, 16 f., 20
 Märkte
 und Effizienz 43
 und institutionelle Entwicklung 6, 126
 Marshall, Geoffrey 27, 74, 80
 Marx, Karl 9, 12 ff., 88, 137
 Maßeinheiten 151 ff.
 von Land 76, 95

- von Raum 25ff.
- von Zeit 25 ff., 64, 115
- Methodologischer Individualismus 81
- Milgrom, Paul 156 ff.
- Montesquieu, Charles de Secondat 14

- Nelson, Richard 12, 51, 131
- Normen 15
- North, Douglass 12 ff., 27, 35 ff., 43 ff., 80, 88, 118 ff., 135, 161
- Nutzen
 - erwarteter 60, 143
 - kollektiver 5

- Oligopolistisches Verhalten 133
- Olson, Mancur 11, 17, 48
- Organisation 2
- Osborne, Martin 140 ff.
- Ostrom, Elinor 73, 137, 190

- Papenak, Hanna 82
- Parsons, Talcott 14, 17
- Posner, Richard 12 ff. 33 f., 85, 103, 124, 226
- Präferenzen
 - Konflikte 140
 - Wandel 160
 - zukünftige 49
- Przeworski, Adam 4, 81, 218

- Rappoport, Anatol 55, 68
- Rasse 75, 118
- Rationalität, enge 31
- Rawls, John 50 f., 74
- Regeln
 - Anerkennung 154, 208
 - Definition 73, 127
 - und Erwartungen 62, 140
- Reputation 87, 198
- Richerson, Peter 93 ff.
- Riker, William 15, 69, 160
- Risiko
 - und Entscheidungsfindung 60
 - und institutioneller Wandel 163
- Risikoaversion 142 ff.
- Rubinstein, Ariel 140 ff.

- Sanktionen
 - formelle 65, 199
 - informelle 66, 80
 - und Verträge 85
- Schelling, Thomas 57, 86, 110 ff., 143 f.

- Schotter, Andrew 10 ff., 38 ff., 64, 73, 83, 94, 108, 115, 155 f.
- Schwartz, Alan 180 f.
- Scitovsky, Tibor 126, 133
- Searle, John 75 ff.
- Selektion
 - gesellschaftliche 6 ff.
 - natürliche 103
- Selmer, Knut 169 ff.
- Sen, Amartya 29, 150
- Shepsle, Kenneth 15, 41, 58, 189
- Smith, Adam 6 ff., 47, 99 ff., 137, 145 f., 158, 205
- Sober, Elliott 97 ff.
- Spencer, Herbert 6 ff.
- Spiele 55 ff.
 - mit gemischten Motiven 58, 117
 - und Gefangenendilemma 66, 120, 140, 193, 197
 - und Koordination 55, 107
 - und Verhandlungen 140, 160
 - wiederholte 149, 154, 196
- Spontane Entstehung 102, 138
- Staat 207 ff.
 - und Effizienz 15, 123
 - und externe Durchsetzung 66, 138, 189
- Stabilität 41, 191
- Starr, June 3, 136, 150, 182 f.
- Strategie
 - dominante 55
 - gemischte 117, 131
- Sugden, Robert 38 f., 111 ff., 131, 140

- Tarifverhandlung 67 ff., 153 ff., 215 ff.
- Tausch 120
- Taylor, Michael 2, 48 ff., 79, 137, 193 ff.
- Transaktionskosten 11, 25, 34, 47
 - und institutioneller Wandel 200
 - und Wettbewerb 126
- Tsebelis, George 49 f. 213

- Unsicherheit
 - und institutionelle Wahl 49
 - und Entscheidungsfindung 62
- Unternehmen 35, 43, 126, 153

- Verhandlungstheorie 140 ff.
- Verpflichtung
 - Anerkennung 154
 - glaubwürdige 142 f.

- Verteilung
 und Institutionen 25, 126, 150 ff.
 klassische Theorie 9
 und Verhandlungen 140 ff.
Verteilungskonflikte 21, 44, 70, 135 ff.
- Wahlen 60, 69, 219 f.
Wahlhandlungstheorie 15 ff., 30
Wahrscheinlichkeiten, subjektive 61, 145
- Wandel, intentionaler 206
Weber, Max 2, 9 f., 64, 115
Wettbewerb 126 ff.
Williams, G. C. 100
Williamson, Oliver 13, 35, 85, 118
Wilson, Robert 87, 97 ff.
- Zeitpräferenz 50, 142